



---

Kantonsrat

## **Anfrage Hasan Candan und Mit. über steigende Miet- und Nebenkosten - was unternimmt die Regierung?**

Eröffnet am

Die Zahlen des Bundesamtes für Statistik zeigen: Seit 2005 sind die Mieten gemäss Mietpreisindex um mehr als 20 Prozent angestiegen, während sich die allgemeine Teuerung in der gleichen Zeit unter 5 Prozent bewegte. Für die Mieterinnen und Mieter bedeutet dies eine überproportionale Belastung der Haushalteinkommen durch die Mieten. Zudem zeigt eine Studie des Büro Bass vom Februar 2022 im Auftrag des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes auf, dass die Mietpreise um 36,2 Prozent stärker gestiegen sind, als dies die gesetzlichen Vorgaben zulassen würden. Erhöhte Wohnkosten und Mietpreise sind demzufolge auch neu in den Top 10 des Sorgenbarometers der Bevölkerung. Eine Entspannung der Mietpreise ist leider nicht erkennbar, vielmehr ist von zusätzlichen finanziellen Belastungen bei den Wohnkosten auszugehen, durch massiv höhere Nebenkosten für Heizung und Warmwasser, aufgrund der Abhängigkeit von Öl und Gas. Gewisse Expert:innen gehen von einer Verdoppelung der Nebenkosten aus und vom Preisanstieg sind neben dem urbanen Gebiet insbesondere die ländlichen Gebiete am stärksten betroffen. Diese Entwicklungen stellen einen erheblichen Teil der Bevölkerung und insbesondere Menschen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen vor grosse Herausforderungen. Es gilt die Bevölkerung vor der drohenden Energiearmut zu schützen und die Akzeptanz zur Dringlichkeit der Erreichung der Klima- und Energieziele nicht zu schmälern. Dies ist eine anspruchsvolle Aufgabe und verlangt von der Regierung vorausschauende und politikbereichsübergreifende Steuerungsmassnahmen. Aufgrund der geschilderten negativen Auswirkungen der steigenden Miet- und Nebenkosten ergeben sich für uns folgende Fragen und wir danken der Regierung für dessen Beantwortung.

1. Wie beurteilt die Regierung die Entwicklung der Miet- und Nebenkosten in den vergangenen Jahren und zukünftig?
2. Artikel 41 Buchstabe e der Bundesverfassung hält fest: «Bund und Kantone setzen sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass Wohnungssuchende für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können". Wie gedenkt der Regierungsrat dieses Verfassungsziel aufgrund der steigenden Miet- und Nebenkosten zu garantieren?
3. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um den steigenden Miet- und Nebenkosten entgegenzutreten?
4. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um in Zukunft dafür zu sorgen, dass die Mieten innerhalb der gesetzlichen Vorgaben bleiben? Was hat er bisher getan?
5. Welche Massnahmen sind aus Sicht der Regierung geeignet, um Menschen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen in dieser Situation gezielt zu entlasten?
6. Sind nach Einschätzung des Regierungsrates Bezüger:innen von Sozialhilfe gegen kurzfristig stark steigende Energiepreise abgesichert?

Hasan Candan